

swissinfo: Chronik eines angekündigten Abbaus

Das drohende Aus für swissinfo hat mit dem Ausstieg aus der Kurzwelle begonnen.

Von Andrea Tognina

swissinfo, das ehemalige Schweizer Radio International, befindet sich schon seit Jahren in einer Phase ständigen Um- und Abbaus. Bereits die Ende der 90er Jahre beschlossene Strategieänderung, vom Kurzwellsender hin zu einer multimedialen Internet-Plattform, hatte weitreichende Konsequenzen für das Personal.

Neue Sparmassnahmen kündigten sich im Frühjahr 2003 an. Im Rahmen des Entlastungsprogramms 2003 entschied der Bundesrat die Reduktion des Bundesbeitrages an swissinfo von den budgetierten 15 Mio. auf 5 Mio. im Jahre 2005 und die vollständige Streichung im 2006. Trotz einem Überbrückungskredit der SRG führte die Massnahme zur Aufhebung von 26 Vollzeitstellen.

Der Sturm war damit noch lange nicht vorbei. Angesichts der Streichung des Bundesbeitrages und einer Neudefinition der gesamten Multimedia-Strategie sprach sich der Verwaltungsrat der SRG am 21. März 2005 für einen erneuten und radikaleren Abbau von swissinfo aus. Nach den Wünschen der SRG-Spitze würde swissinfo künftig nur noch eine englischsprachige Internet-Site anbieten. Das Angebot in den Landessprachen erfolgte über die Sites der Unternehmenseinheiten. Die Inhalte dazu würden von den Redaktionen von Swiss TXT geliefert, die nicht mehr wie heute in Biel arbeiten würden, sondern in den Regionen. Auf arabische, chinesische, japanische, portugiesische und spanische Infos würde künftig vollständig verzichtet. Laut SRG könnten mit diesen Massnahmen 16 Millionen eingespart werden, etwa 80 Stellen würden abgebaut. Die SRG begründet den Um- und Abbau bei swissinfo und Swiss TXT auch mit der Internetstrategie ihrer einzelnen Unternehmenseinheiten.

Der Abbau bei swissinfo muss vom Bundesamt für Kommunikation genehmigt werden, was erst gegen Ende Jahr möglich gewesen wäre. Brisant ist, dass das neue RTVG, welches den Auftrag zum Auslandprogramm und dessen Finanzierung regelt, immer noch in Beratung ist.

Der Entscheid der SRG rief sofort heftige Reaktionen hervor, bei den Mediengewerkschaften, in der Öffentlichkeit und in der Politik. Noch am 21. März schrieb die Auslandschweizerorganisation (ASO) in einer Mitteilung: «Es wäre unakzeptabel, dass die SRG in einer Hauruck-Übung swissinfo/SRI auseinanderreist, noch bevor das neue Gesetz (RTVG), das (...) den Auslandsauftrag der SRG bestätigt, in Kraft getreten ist».

Inzwischen haben auch die Auslandschweizer in Deutschland, Frankreich und Italien Resolutionen zur Unterstützung von swissinfo verabschiedet. Und mehrere ausländische Botschafter haben Medienminister Leuenberger aufgefordert, den Restrukturierungswünschen der SRG nicht Folge zu leisten.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe des VR-Entscheides reichte Ständerat

Filippo Lombardi (CVP) eine Motion an den Bundesrat ein, Massnahmen zur Erhaltung des Auslandangebotes zu treffen. Auch die Sozialdemokratische Partei kritisierte den geplanten Abbau. Am 5. April sprach sich dann die Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrates mit Zwei-Drittel-Mehrheit gegen den Abbau von swissinfo aus. Die Bedeutung eines Auslandprogrammes unterstrich später auch die APK des Ständerates.

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrates, die sich mit dem RTVG zu befassen hatte, führte ihrerseits am 3. Mai eine Anhörung zum Thema swissinfo durch. Anschliessend entschied sie, mit 14 zu 7 Stimmen, Artikel 31 des RTVG eindeutiger zu formulieren, wonach der Bund die Hälfte der Kosten für das Auslandangebot abzugelten habe. Das Parlament wird im Herbst über das RTVG entscheiden.

Inzwischen hat die SRG die Umsetzung ihrer Pläne sowohl bei swissinfo als auch bei Swiss TXT sistiert. Dabei wurde aber klar gemacht, dass die Planung weitergehe.